

ISOR e.V.
Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe
und der Zollverwaltung der DDR

Berlin, den 01.11.92

Presseinformation

Am 31.10. und 01.11.1992 fand in Gosen bei Berlin die 1. Vertreterversammlung der Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR - ISOR - e. V. statt. 166 Teilnehmer mit beschließender und 60 Teilnehmer mit beratender Stimme verständigten sich über weitere Formen und Möglichkeiten, ihre in den bewaffneten Organen und der Zollverwaltung der DDR rechtlich erworbenen Renten- und Versorgungsansprüche geltend zu machen.

Die ISOR fordert für die ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR keine Privilegien, sondern ausschließlich die Gleichbehandlung mit allen Bürgern der neuen Bundesländer. Sie wendet sich - wie auch andere große soziale Organisationen - gegen den Mißbrauch des Sozialrechtes als kollektives politisches Strafrecht.

In dem von der Vorsitzenden, Frau Astrid Karger, gegebenen Bericht wird darauf hingewiesen, daß die Geschichte der DDR aus dem Blickwinkel der jetzt Regierenden mit dem Instrument des Strafrechtes zurechtgebogen werden soll.

Weiter heißt es:

" Es wird, und das ist das Bittere, mit Erfolg versucht, Angst, Schuldkomplexe und die Verschiebung der Wertmaßstäbe zu erzeugen sowie die Überlegenheit der Sieger über die Besiegten durchzusetzen. Was wir heute erfahren, ist die unerbittliche Ausgrenzung und rüde Zurückweisung unserer berechtigten Ansprüche und unserer Geschichte, ist der Entzug unserer materiellen Existenz und die haltlosen Angriffe auf die Selbstachtung, Würde und Identität unserer Menschen....

Was wir erleben, und hier scheint sich die Geschichte zu wiederholen, sind bittere Jahre sozialer Unterdrückung und eine Behandlung als Menschen 2. Klasse... "

Mit dem Ziel, von Anbeginn an sich für den Schutz der sozialen Rechte der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR einzusetzen, hat die ISOR inzwischen landesweit Anerkennung gefunden sowie in der Gemeinschaft der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde einen festen Platz erworben.

(

(

Als geladener Gast wies der Verfassungsrechtler Prof. Dr. Azzola darauf hin, daß über den Weg der Einzelinstanzen der Sozialgerichtsbarkeit ggf. das Bundesverfassungsgericht erreicht werden kann und dieser konsequent verfolgt werden sollte.

Sieht man von Berlin und Dresden ab, hat die überwiegende Zahl derjenigen Gerichte, von denen Entscheidungen vorliegen, erkennen lassen, daß sie unsere Auffassung über die Verfassungswidrigkeit rentenrechtlicher Bestimmungen teilen.

In den Diskussionsbeiträgen spiegelte sich die Betroffenheit und Entschlossenheit wider, durch rechtsstaatliche Mittel die Kürzungsbestimmung des AAÜG zu novellieren und das politische Strafrecht zu beseitigen.

Der am 1.11.1992 neugewählte stark erweiterte Vorstand der ISOR konzentriert sich darauf,

- alle Mitglieder in der Prozeßführung im Renten- und Krankenversicherungsrecht zu unterstützen,
- Solidarität mit allen Betroffenen zu üben,
- den Humanitätsgedanken weiter auszubauen und
- mit allen Partnern gleicher Interessenlage verstärkt zusammenzuarbeiten.

Zur Diskussion sprachen 22 Vertreter/ Teilnehmer.

Als Gäste nahmen teil:

Prof. Azzola, Verfassungsrechtler
Admiral a. D. Theodor Hoffmann
Prof. Wendel, GBM
Dr. Harms, persönlicher Referent der Bundestagsabgeordneten
Frau Ruth Fuchs

(

(